

# Methodik der Urteilsanalyse sowie Prozessstrategien anhand gerichtlicher Entscheidungen zum Sicherheitsrecht

von

RiBVerwG a.D. Prof. Dr. Kurt Graulich

Humboldt-Universität zu Berlin

Wintersemester 2018/19

Donnerstags von 10.00 bis 12.00 Uhr

Kommode - E44/46 Bebelplatz 2 (BE 2) - (Unterrichtsraum)

Schwerpunkt 5

Veranstaltungsnummer 10508

Der Aufbau der Vorlesung folgt hintergründig Hans Hattenhauers „Die Kritik des Zivilurteils. Eine Anleitung für Studenten.“ aus dem Jahr 1970. Lektionen aus dem Buch werden jeweils mündlich erläutert, denn es wird nicht mehr vertrieben.

Es wird in jeder Vorlesungsstunde die Entscheidung eines höchsten deutschen, europäischen oder internationalen Gerichts vorgestellt und besprochen. Dabei wird ihre Bedeutung unter tatsächlichen Gesichtspunkten, d.h. gesellschaftlich, wirtschaftlich, technologisch und politisch, untersucht und ihre rechtlichen Besonderheiten erörtert. Methodische und rechtsdogmatische Charakteristika sowie die Stellung der Entscheidung in der Rechtsentwicklung werden betrachtet. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Vorlesung wird erwartet, mindestens einmal einen zehnminütigen Vortrag zu einer der Entscheidungen zu halten, der nicht benotet wird. Einzelheiten werden noch erläutert.

Die Analyse höchstrichterlicher Entscheidungen ist in der juristischen Ausbildung ein wichtiges Übungsfeld für die Technik der Fallbearbeitung. Die Entscheidungen werden in der für die Besprechung maßgeblichen Fassung eine Woche vor der jeweiligen Veranstaltung per Website bekannt gegeben. Dazu werden ergänzende Hinweise auf Literatur und Judikatur mitgeteilt.

Nachfolgend die Liste der beabsichtigten Besprechungen. Es bleibt vorbehalten, im Einzelfall auch eine neu verkündete Entscheidung vorzuziehen.

1	18.10.2018	Einführung in die Vorlesung. Erläuterung des Verlaufs der Veranstaltung und der Methode anhand eines Beispielsfalls
2	25.10.2018	Versammlungsrecht, Rudolf Heß-Gedenkveranstaltung, BVerfG, Beschluss vom 04. November 2009 – 1 BvR 2150/08 –
3	01.11.2018	Feststellungsklage gegen die Überwachung des E-Mail-Verkehrs im Rahmen der strategischen Fernmeldeüberwachung, BVerwG, Urteil vom 14. Dezember 2016 – 6 A 9/14 –

4	08.11.2018	Zu den Grenzen des Beweiserhebungsrechts parlamentarischer Untersuchungsausschüsse im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik BVerfG, Beschluss vom 13. Oktober 2016 – 2 BvE 2/15 –, BVerfGE 143, 101-160
5	15.11.2018	Verwerfung von Anträgen im Organstreitverfahren bzgl. der Herausgabe der sog. NSA-Selektorenlisten: G 10-Kommission, BVerfG, Beschluss vom 20. September 2016 – 2 BvE 5/15 –, BVerfGE 143, 1-21
	22.11.2018	<b>Vorlesung fällt aus</b>
6	29.11.2018	Vorschriften des BKAG 1997 über Befugnisse im Rahmen der Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus teilweise verfassungswidrig, BVerfG, Urteil vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/09 –, BVerfGE 141, 220-378
7	06.12.2018	Nachträglicher Rechtsschutz gegen bereits erledigte verdeckte polizeiliche Überwachungsmaßnahmen, BGH, Beschluss vom 26. Januar 2017 – StB 26 und 28/14 –
8	13.12.2018	Nichtigkeit von Bestimmungen der Niedersächsischen Gefahrtier-Verordnung wegen fehlender gesetzlicher Ermächtigungsgrundlage, BVerwG, Urteil vom 03. Juli 2002 – 6 CN 8/01 –, BVerwGE 116, 347-358
9	20.12.2018	Offene Videoüberwachung der Reeperbahn BVerwG, Urteil vom 25. Januar 2012 – 6 C 9/11 –, BVerwGE 141, 329-346
	22.12.2018 – 05.01.2019	<b>Vorlesung fällt aus wegen Universitätsferien</b>
10	10.01.2019	Keine Zuständigkeit der Bundespolizei auf dem Bahnhofsvorplatz von Trier BVerwG, Urteil vom 28. Mai 2014 – 6 C 4/13 –
11	17.01.2019	Schmerzensgeld auch für Verletzungen bei rechtmäßigen Behördenmaßnahmen möglich, BGH, Urteil vom 7. September 2017 - III ZR 71/17
12	24.01.2019	Zum Begriff ‚personenbezogene Daten‘ – Internetprotokoll-Adressen – Speicherung durch einen Anbieter von Online-Mediendiensten – Nationale Regelung, die eine Berücksichtigung des berechtigten Interesses des für die Verarbeitung Verantwortlichen nicht zulässt, Urteil des EuGH (Zweite Kammer) vom 19. Oktober 2016 in der Rechtssache C 582/14 Patrick Breyer gegen Bundesrepublik Deutschland
13	31.01.2019	Einstweiliger Rechtsschutz gegen die Verpflichtung zur Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten nach § 113a Abs. 1 TKG i.V.m. § 113b TKG, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Juni 2017 – 13 B 238/17

14	07.02.2019	Automatisierte Kennzeichenerfassung; Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung BVerwG, Urteil vom 22. Oktober 2014 – 6 C 7/13 –
----	------------	--